

MdL André Kuper, Stv. Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion und Bürgermeister a.D.

Unterrichtung Landesregierung am 03.03.2016 zum Thema „Zusammenhalt stärken: Flüchtlinge aufnehmen und integrieren - eine gesamtstaatliche Aufgabe in gemeinsamer Verantwortung“

Drei Beratungsgegenstände:

- *Unterrichtung durch die Landesregierung*
- *Antrag der CDU-Fraktion „Früh und umfassend: Was Nordrhein-Westfalen jetzt für die Integration von Schutzsuchenden tun muss*
- *Antrag der Regierungsfaktionen „Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW“*

Anrede, Sie legen hier und heute einen groß angekündigten Antrag vor – den Sie Integrationsplan nennen. „Einzigartig“ in Deutschland und fortschrittlich“ – so meinen Sie von den regierungstragenden Fraktionen.

Das mag von der Überschrift her so sein, aber: andere Länder **benennen** es bescheidener, **haben** aber ihre sogenannten Integrationskonzepte oder Maßnahmepakete schon seit einem halben Jahr und sind bereits in der Umsetzung! Das heißt, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung und von SPD und Grünen, Sie sind wieder einmal erst sehr spät dran.

Sie haben die **Integration zu lange vernachlässigt, weil Sie immer** noch damit beschäftigt sind, Ihr Organisationsversagen bei der temporären **Erstaufnahme** der Flüchtlinge zu beseitigen und aus dem Notfallmodus herauszukommen. z.B.

- Lassen Sie im letzten Jahr die Flüchtlinge erst in die völlig überlasteten EAE's in Dortmund und Bielefeld, holen sich dann fehlende Landes-EAE-Plätze per Ordnungsverfügung als NotU von den Kommunen, verteilen monatelang die Flüchtlinge ohne jegliche Ersterfassung in die Notunterkünfte, bauen dann sog. Registrierungsstraßen zur Nachregistrierung auf, die wiederum nach einigen Monaten von sogenannten Ankunftscentren verdrängt werden

MdL André Kuper, Stv. Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion und Bürgermeister a.D.

- Nun planen Sie ab dem Sommer eine neue Zentrale Landesaufnahme in Bochum, die aber auch nur vorregistriert für die bundesweite Verteilung
- Haben weiterhin zehntausende Plätze in Notunterkünften der Kommunen und kommen Sie mit dem Ausbau ihrer regulären Aufnahmeeinrichtungen nur sehr schleppend voran
- versammeln Sie eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge im Land, so dass einige Kommunen die Aufnahmequote des FlüAG nur zu 59 % erfüllen, während andere z.B. bei 115 % und damit deutlich über 100 % liegen
- und last but not least: während Sie beim FlüAG nach Außen eine Kostenerstattung an die Kommunen von einheitlich 10.000 Euro je Flüchtling vermarkten, wird aufgrund ihrer pauschalen Verteilung nach Einwohnern (90 %) im FlüAG, eine nicht zu akzeptierende ungerechte Verteilung in den Kommunen bewirkt.

So beträgt beispielsweise die Spreizung im Kreis Soest bei der Kostenerstattung je Flüchtling vor Ort zwischen 5.600 und 77.000 Euro.

Wenn das für Sie Verteilungsgerechtigkeit ist, spricht das Bände.

Anrede, **solange kein vernünftiges Aufnahmeverfahren** steht, solange tausende von kommunalen Unterbringungsplätzen vom Land belegt werden, wird es **schwer werden**, sich endlich vollends und auch **in unseren Kommunen tagtäglich mit der Daueraufgabe der Integration** der hier bleibenden Menschen zu **beschäftigen**.

Wobei es hier zu bedenken gilt, dass wie bei vielen anderen gesellschaftlichen Aufgaben unsere **Kommunen** aufgrund ihrer Bürgernähe **die** Handlungsebene sind, auf der Integration vor allem stattfindet.

MdL André Kuper, Stv. Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion und Bürgermeister a.D.

Deshalb gilt es für die Zukunft zwei zentrale Handlungsfelder der kommunalen Integrationsarbeit zu definieren. Im ersten Handlungsfeld sind das Integrationsmaßnahmen, welche durch die Kommunalverwaltung selbst erbracht werden. Das zweite, mindestens genauso bedeutende, wenn nicht noch entscheidendere Handlungsfeld, ist die Aktivierung und Koordination des Bürgers, der Wirtschaft und des Ehrenamtes für die Integration.

Integration ist das A und O des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Dabei ist die Frage, wie die Gesellschaft funktioniert und der Zusammenhalt auch in Zukunft gesichert werden kann, von zentraler Bedeutung.

Gleichzeitig geben Entwicklungen wie die Ereignisse der Silvesternacht in Köln auch Anlass zur Sorge. Die Auswirkungen solcher Vorkommnisse für unsere Ansprüche an Integration müssen intensiv diskutiert werden: **Wir brauchen eine deutlich stärkere Auseinandersetzung über das was Integration leisten kann und das was Integration auch verlangen kann.**

Dabei geht es um **das Fordern und Fördern** der Zuwanderer, sich als Teil einer Wertegemeinschaft zu begreifen und einen Willen zur Teilhabe zu entwickeln. Fundament sind die Werte unseres Grundgesetzes, aber auch eine Anerkennung spezifischer kultureller Aspekte unseres Landes wie z.B. Verständnis und Respekt vor der leidvollen deutschen Geschichte und der daraus resultierenden besondere Verantwortung.

Wo wir uns einig sind?

Die Integration anerkannter Flüchtlinge und Asylsuchender mit guter Bleibeperspektive ist eine der großen landespolitischen Aufgaben der nächsten Jahre. Darin sind wir uns alle einig.

Wir müssen heute die Weichen für eine vorausschauende Integrationspolitik stellen. Das ist Aufgabe aller staatlichen Ebenen.

MdL André Kuper, Stv. Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion und Bürgermeister a.D.

Eine erfolgreiche Eingliederung in unsere Gesellschaft ist unerlässlich für den Erhalt des sozialen Friedens im Land. Schaffen wir es, Flüchtlingskinder und Heranwachsende gut auszubilden und möglichst viele Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sinken zudem die sozialen Folgekosten.

Die Schlüssel sind Sprache, Bildung und Arbeit sowie gemeinsame Wertegrundlagen des Zusammenlebens.

Jetzt medial zuvor die Einladung zu Konsens

Konsens in der Integrationspolitik hat Tradition in unserem Land. Integrationsoffensive 2001 gemeinsam getragen.

Auch danach: das Thema aus dem Wahlkampf herausgehalten

Das war gut für unser Land.

Anderes Klima in Nordrhein-Westfalen als in anderen Bundesländern:

- Pegida in NRW tot
- AfD bei Europawahl schwächer als anderswo
- AfD in Umfragen nicht auf dem Niveau anderer Länder
- Szenen wie in Clausnitz in NRW nicht vorstellbar

Das gilt es zu bewahren: Deshalb AfD stellen, aktive Auseinandersetzung. Wenn Kraft das jetzt doch machen will, ist das gut.

Zugleich der Eindruck in den letzten Monaten, dass gemeinsames Vorgehen seitens Grün-Rot in NRW nicht gewollt ist – auch nicht in der Integrationspolitik.

➔ Also: ernsthaftes Angebot oder taktischer Winkelzug?

Auch die zeitlichen Abläufe lösen Zweifel aus:

1. Großer Plan für NRW wird von langer Hand vorbereitet, eingebracht und medial verkauft. Einladung an die Opposition wird nachgeschoben.

MdL André Kuper, Stv. Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion und Bürgermeister a.D.

2. In der Integrationspolitik bewegen Sie sich nur, wenn eine Krise sie dazu zwingt.

Beispiel a) = Flüchtlingsgipfel: gab es erst nach den unheilvollen Geschehnissen in der Landeseinrichtung in Burbach.

Erst als Menschen zu Schaden gekommen waren und das Ansehen des Landes in aller Welt Schaden genommen hatte, wurde MPin aktiv.

Beispiel b): Unterrichtung und Antrag erst nach der Silvesternacht Köln – übrigens wieder ein Versagen des Innenministers. Wieder sind Menschen Opfer von Straftaten geworden, wieder schaut die Welt auf Nordrhein-Westfalen, wieder ist der Ruf des Landes in Mitleidenschaft genommen. Da kommt die MPin mit einer Unterrichtung aus der Versenkung.

Diese **Methode Kraft ist nicht das, was wir uns unter planvoll, vorausschauend, visionär vorstellen, das ist eher kraftlos.**

Wer wirklich etwas voranbringen will, wer gestalten will, der läuft nicht hinterher, der wartet nicht, bis ihn die Ereignisse dazu zwingen, sondern der weiß, was er mit diesem Land vorhat und wie er diese Ziele erreichen kann.

Wir haben seit dem ersten Flüchtlingsgipfel in **30 Anträgen und Positionspapieren** dargelegt, wie Nordrhein-Westfalen mit dem Zuzug von Flüchtlingen umgehen muss, damit wir den Menschen gerecht werden und zugleich als Land davon profitieren können.

Jedes dieser Dokumente war ein Angebot, dass unser Land wieder zum Integrationsland Nummer 1 wird. Und wie sind Sie damit umgegangen? Das Schema war immer gleich: Empörung, Ablehnung, mit zeitlichem Abstand Übernahme unter eigenem Siegel als eigener Vorschlag – so jetzt auch aktuell im „**Integrationsplan**“

Mit dem von uns zur heutigen Sitzung eingebrachten Antrag legen wir noch einmal ein **Kondensat** dieser Überzeugungen vor, Kollegin Güler wird später darauf näher eingehen.

MdL André Kuper, Stv. Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion und Bürgermeister a.D.

Wo wir uns **nicht** einig sind:

- einige falsche Prioritätensetzung vermutlich der Refinanzierung geschuldet: statt (Schwerpunkt im Filmherbst, Verbraucherberatung, nachhaltige Entwicklung (Wäschetrockner, Energiesparlampen)
 - o anstelle:
- Finanzierung / Entlastung der Kommunen
- Asylpaket 1 und 2 umzusetzen

Worauf wir achten werden:

1. Prioritäten setzen: Das Wichtige statt alles Mögliche
2. Fokus auch auf Landespolitik.
Wenn sich jede 2. Forderung eines Landes-Integrationsplans nur an den Bund richtet, stimmt die Gewichtung nicht.
3. Entlastung der Kommunen als Ziel, weil Integration vor Ort gelingen muss

Offen für Gespräche

Für die CDU-Fraktion ist bei aller Lust am politischen Wettbewerb der Konsens in der Integrationspolitik ein hohes Gut. Wenn Römer, Mostafizadeh, Kraft und Löhrmann ihren Kurs korrigieren wollen, verschließen wir uns nicht.

Formulierung eines Integrationsplans muss ein gemeinsamer Arbeitsprozess sein. Wir erwarten das klare Bekenntnis, zu gemeinsamen Lösungen kommen zu wollen. Nur unter dieser Voraussetzung stehen wir für ernsthafte, an der Sache orientierte Beratungen in den Fachgremien zur Verfügung. **Im Ergebnis werden wir Sie allein an Ihren Taten messen, nicht an Ihren Worten.**